



1978 - 2003

Vorbemerkung:

Im Frühjahr 1978 scheiterte in Nordrhein-Westfalen der Versuch der damaligen Sozial-Liberalen-Koalition, die so genannte „Kooperative-Schule“ als eine alle Schulformen ersetzende Einheitsschule einzuführen. Selbst altherwürdige Gymnasien sollten fortan Häuser sein, in denen jeweils alle drei Schulformen unter einem Dache angeboten würden. Wie der damalige Kultusminister Jürgen Girgensohn offen gestand, war das alles nur der Übergang zur flächendeckenden Einführung der integrierten Gesamtschule, die bekanntlich seit 1964 das bildungspolitische Leitziel der SPD war. Das Unterfangen scheiterte. Seitdem ist einsichtigeren Bildungspolitikern klar, dass in Deutschland eine Einheitsschule politisch nicht durchzusetzen wäre. **Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes**, erinnerte in einem Aufsatz am 27.02.2003 an jenes Ereignis. Dieser Aufsatz wird nachfolgend in leicht überarbeiteter Form mit der freundlichen Erlaubnis des Verfassers hier der Erinnerung wegen noch einmal veröffentlicht: (Als Titel dient hier ein in jenen Wochen mit großem Erfolg eingesetzter Aufkleber.) Für eine ausführlichere Information über Vorgänge, Hintergrund und weitere Mitstreiter sei verwiesen auf das Buch von Wolfram Köhler: *Annahme verweigert - Das Volksbegehren gegen die Kooperative Schule in NRW* (1978).

Josef Kraus

„Als am 1. März 1978 die Einschreibungslokale schlossen, war klar: 3,6 Millionen Bürger Nordrhein-Westfalens, entsprechend 30 Prozent der Wahlberechtigten, hatten der „Kooperativen Gesamtschule“ in einem nie zuvor und nie danach dagewesenen bürgerlichen Volksbegehren eine heftige Absage erteilt. Da das verfassungsrechtlich vorgeschriebene 20-Prozent-Quorum mit exakt 29,9 Prozent eindrucksvoll erreicht war, hatte die NRW-Landesregierung nunmehr die Pflicht, bei Weiterverfolgung der „Koop“-Ziele eine Volksabstimmung herbeizuführen. Sie steckte zurück.

Die „Koop“ war freilich das Prestigeobjekt der damaligen SPD/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsidenten Heinz Kühn (SPD). Mit dieser Schulform sollten Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter gemeinsamer Leitung organisatorisch zusammengefasst und in den Klassen 5 und 6 sollte eine schulformübergreifende Orientierungsstufe mit dem dezidierten Ziel etabliert werden, über kurz oder lang aus allen Jahrgängen der Sekundarstufe I mit ihren Klassen 5 bis 10 eine integrierte Gesamtschule zu machen.

Maßgeblicher Akteur seitens der SPD war indes nicht Heinz Kühn, der ein halbes Jahr nach diesem SPD-Desaster sein Amt an Johannes Rau abgab; vielmehr taten sich besonders SPD-Schulminister Jürgen Girgensohn, SPD-Landesvorsitzender und Wissenschaftsminister Rau sowie FDP-Innenminister Burkhard Hirsch hervor. Rau versuchte gar, das „Stop-Koop“-Begehren als Aktion „reicher Leute“ abzutun. Ihm und seiner Gefolgschaft trat ein bürgerliches Bündnis entgegen, das vor allem aus rund 15 Organisationen der Eltern- und Lehrerschaft bestand.

Vorsitzende des Bündnisses war Grete Schneider, tonangebend war zudem der Vorsitzende des NRW-Philologenverbandes Burkhard Sprenger. Aktive Unterstützung erfuhr das Bündnis - nicht zuletzt in Hirtenworten von der Kanzel - durch die katholische Kirche, in Einkaufszonen, in Kinderarztpraxen und an vielen anderen Orten mehr. Und natürlich stärkte die CDU mit Fraktionschef Heinrich Köppler der Bürgeraktion aus grundsätzlichen, aber wohl auch aus eigennützigen Erwägungen den Rücken.

Das Ergebnis vom 1. März 1978 schlug nach zweiwöchiger Einschreibefrist ein wie eine Bombe, denn niemand - weder Befürworter noch Gegner der „Koop“ - hatte mit dieser Mobilisierung gerechnet. Die SPD und ihre Gefolgsleute hatten schließlich vielerorts nichts unterlassen, um den Bürgern die Unterschrift zu erschweren und kritischen Lehrern einen Maulkorb umzuhängen.

In Essen beispielsweise mit seinen mehr als 500.000 Wahlberechtigten gab es ganze 14 Eintragungsstellen. Gleichwohl war das Ergebnis vernichtend für „Koop“. Selbst „Arbeiter“-Städte wie Leverkusen erzielten eine Unterschriftenquote von 29,7 Prozent. Die SPD/FDP-Koalition verzichtete denn auch darauf, ihr Koop-Gesetz zur Volksabstimmung zu stellen; das Ergebnis wäre wohl noch schmerzlicher für die Landesregierung ausgefallen.

Für die SPD war es aber ganz offenbar nur der Verlust einer Tages-Etappe. Die Rücknahme ihres Gesetzentwurfes erfolgte am Ende nicht aus Einsicht, sondern aus Kalkül. Wenige Wochen nach der „Koop“-Niederlage beschloss die SPD auf einem außerordentlichen Parteitag, für die Landtagswahlen 1980 den Ausbau der integrierten Gesamtschule (IGS) zu einem Kernpunkt zu machen. Entsprechend kam es auch. 1981 wurde die IGS zur vierten Regelschule, aus 30 integrierten Gesamtschulen der 70er Jahre wurden nach und nach mehr als 200. Selbst unterhalb des Legislativen wurde kräftig in Richtung IGS-Idee gearbeitet: durch „Öffnung“ und „Autonomie“ von Schule. Gleichwohl blieb NRW ein Land mit gegliederter Schulstruktur: bis zum heutigen Tag mit jeweils mehr als 800 Hauptschulen, 500 Realschulen und 600 Gymnasien.

Und die CDU? Sie war in der Legislaturperiode von 1975 bis 1980 mit 47,1 Prozent stärkste Landtagsfraktion gewesen, ehe sie im Jahr 1980 - schwer getroffen vom plötzlichen Tod ihres Spitzenkandidaten Köppler mitten im Wahlkampf - auf 43,2 Prozent rutschte und die SPD mit 48,4 Prozent in eine Alleinregierung ohne die an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte FDP vorbeiziehen sah.

Dazu gelernt hat also wohl niemand. Und so werden denn demokratische Willenskundgebungen wie auch wissenschaftliche Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten unvermindert vom Tisch gewischt. Selbst nach dem permanent miserablen Abschneiden deutscher Gesamtschulländer wird stets aufs Neue das Hohe Lied auf die Gesamtschule angestimmt.

Deshalb seien ein Vierteljahrhundert nach dem Scheitern von „Koop“ ein paar Dinge in Erinnerung gerufen: Es sind Gesamtschulländer, in denen in Sachen Schulbildung eine hochgradige soziale Selektion stattfindet, Schulbildung also vom Geldbeutel der Eltern abhängt: siehe Frankreich, Großbritannien und Japan. In PISA sind es Länder mit Gesamtschulsystemen, die die schlechtesten Ergebnisse haben: siehe Mexiko und Brasilien.

Sowohl in der TIMSS 1997 wie auch in der BIJU-Studie des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung liegen die Ergebnisse der Gesamtschulen - trotz um 30 Prozent besserer Finanzausstattung - weit hinter den Realschulergebnissen. Wie von Professor Baumert 1998 mitgeteilt wurde, entsprach im Rahmen der BIJU-Studie der Vorsprung, den Realschüler am Ende des 10. Jahrgangs gegenüber gleichbegabten Gesamtschülern erreichten, dem Lernfortschritt von „etwa zwei Schuljahren“. Laut PISA 2000 ist innerhalb Deutschlands die Schulleistung der Migrantenkinder in Bundesländern mit gegliederter Schulstruktur besser als die Schulleistung von deutschen Schülern in Bundesländern mit Gesamtschulstrukturen.

Die Erinnerung an „Stop Koop“ sollte also Anlass sein, endlich mit Legenden aufzuräumen.“

Ohne die „Stop Koop“ Aktion hätten wir heute in vielen deutschen Bundesländern Verhältnisse wie in Frankreich. Dort gibt es keine Gymnasien mehr, sondern nur noch gymnasiale Oberstufen. Die mittleren vier Jahrgänge aller Schulen, also auch der Gymnasien, sind 1976 in „collège unique“ genannte Einheitsschulen umgewandelt worden, was 1996, zwanzig Jahre später, Kultusminister Francois Bayrou als eine „sanglante ânerie“, als eine „blutige, himmelschreiende Eselei“ bezeichnete. Die Einheitsschule sei das „schwarze Loch der Pädagogik“.